

Deutschland muß Sicherheit bieten

Pressekonzferenz der Delegierten des Weltgewerkschaftsbundes in Nürnberg

Nürnberg, 14. Februar (SNB). Am 13. Februar besuchte eine Delegation des Weltgewerkschaftsbundes den internationalen Gerichtshof in Nürnberg. Die Delegation lud die Vertreter der internationalen Presse zu einer Pressekonzferenz ein.

Der amerikanische Delegierte, Hillmann, stellte fest, daß der Weltgewerkschaftsbund rund 70 Millionen Mitglieder aus 56 Nationen umfaßt. Die Aufgabe, die die Delegation vor sich hat, besteht darin, die wirklichen Tatsachen über Deutschlands Arbeitsprobleme und seine Gewerkschaften festzustellen. Die Ergebnisse dieser Reise werden in Form von Empfehlungen dem Weltgewerkschaftsbund in Paris mitgeteilt werden. Er erklärte ferner, daß die Delegation besonders daran interessiert sei, eine den deutschen Bedingungen entsprechende Art des Aufbaus der deutschen Gewerkschaften zu studieren. Er betonte die große Bedeutung, die der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Entwicklung der demokratischen Kräfte in Deutschland zukommt und unterstrich besonders die Erwartung, daß auch von der gewerkschaftlichen Basis her ein kompromißloser Kampf gegen alle Elemente des Nazismus geführt werden wird.

Auf viele Anfragen, die von Seiten der zahlreichen Journalisten gestellt wurden, antworteten Hillmann und Jouhaus.

Hillmann äußerte seine Befriedigung über die große Bereitschaft zur gewerkschaftlichen Organisation, die er in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft vorfindet und die, wie er meinte, die Bereitschaft zur gewerkschaftlichen Organisation in ihren eigenen Ländern übertrifft.

Erfreulich sei auch, daß die Delegation einen Stamm einer Führerschaft von Arbeitern und Lehrlingen Gewerkschaftler zu erwarten habe, von denen zu erwarten sei, daß sie neue, junge Kräfte für eine demokratische Gewerkschaftsbewegung zu erziehen in der Lage sein werden.

Keine Kommission für Indonesien

London, 14. Februar (SNB). In der Mittwochsitzung des Sicherheitsrates der UNO wurde der Vorschlag der ukrainischen Delegation, eine Untersuchungskommission der UNO nach Indonesien zu entsenden, abgelehnt. Wjatschynski, der Leiter der sowjetischen Delegation, brachte folgenden Zusatzantrag zu dem ägyptischen Vorschlag ein:

„Um die Lage in Indonesien zu klären und einen Beitrag zur Wiederherstellung einer normalen Situation in Indonesien zu leisten, sollte eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Sowjetunion, Großbritannien, China, der Vereinigten Staaten und der Niederlande entsandt werden.“

Dieser Zusatzantrag und der ägyptische Vorschlag vom Tage zuvor wurden ebenfalls abgelehnt.

Ueber die Besetzung Deutschlands

London, 14. Februar (SNB). Der Londoner Rundfunk berichtet über ein Interview des Radio Frankfurt mit dem stellvertretenden Befehlshaber der amerikanischen Besatzungszone, General Clay, über die künftige Besetzung Deutschlands. Nach Ansicht General Clays soll Deutschland mindestens fünfzehn Jahre unter Kontrolle stehen.

General Clay gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß bis 1947 die Besatzungsmächte ihre Hauptaufgabe in Deutschland erfüllt haben werden, nämlich die Säuberung von Nationalsozialismus, völlige Entmilitarisierung und Liquidierung der Rüstungsindustrie.

UNO und Weltenernährungskrise

London, 14. Februar (SNB). Dem Londoner Rundfunk zufolge wurde auf der Mittwochabend-sitzung der Vollversammlung der UNO die Weltenernährungskrise beraten. Der englische Außenminister Bevin führte u. a. aus: „In den ersten sechs Monaten dieses Jahres werden die Länder, die Weizen und Mehl einführen, einen Ausfall von fünf Millionen Tonnen haben. Dazu kommt das Ausbleiben des Monsuns in Indien, das in diesem großen Gebiet große Not verursacht hat. Auch in Nordafrika ist ein großer Ausfall in der Weizenreife festzustellen. In den nächsten Monaten werden nicht weniger als eine Milliarde Menschen Mangel leiden, wenn wir nicht rasch handeln.“

Der amerikanische Delegierte Stettinius erklärte, Amerika betrachte die Bekämpfung der Weltenernährungskrise als eine überaus wichtige Aufgabe. Stettinius wies auf die vor kurzem von der amerikanischen Regierung bekannt-

Es sei bedauerlich, so fügte er hinzu, daß man hier auf der Nürnberger Anklagebank keinen Vertreter der deutschen Industrie sehe, die mit zu den Hauptkriegsverbrechern zu zählen sind.

Von besonderem Interesse waren zwei Fragen, die sich mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in der sowjetischen Zone beschäftigten. Die erste lautete: „Entsprechen der Aufbau und die Arbeitsweise des FDGB in der sowjetischen Zone, die Arbeitsweise der von ihm durchgeführten Kongresse und die dort vorgenommenen Wahlen der Vorstände dem demokratischen Prinzipien des Weltgewerkschaftsbundes?“ Eine uneingeschränkte und vorbehaltlose Bejahung auf diese Frage erfolgte.

Die zweite Frage lautete: „Wird der Aufbau des FDGB nach Industriegruppen und sein Programm die Aufnahme des FDGB in den Weltgewerkschaftsbund in naher Zukunft ermöglichen?“ Hierauf antwortete Jouhaus, daß die

Wiedergeburt einer Gewerkschaftsbewegung die unerläßliche Vorbedingung für die Ausrottung des Nazismus aus dem wirtschaftlichen und geistigen Leben Deutschlands darstellt. Die Hochfinanz und die deutschen Industriellen müssen endlich ihren Tribut für die Sache der Menschheit zahlen. Jede Behandlung dieser Fragen mit einer falsch verstandenen „Menschlichkeit“ ist gefährlich. Deutschland muß von Grund auf erneuert werden.

Was die Aufnahme des FDGB in den Weltgewerkschaftsbund anbelangt, so muß der FDGB erst unter Beweis stellen, was er angeht die Aufgaben, die vor ihm liegen, zu leisten in der Lage sein wird. Entscheidend für die Welt der Arbeit wird es sein, daß aus Deutschland ein „Sicherheit bietendes Deutschland“ wird.

Zum Abschluß unterstrich Hillmann die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Einheit unter den Völkern.

Wahlergebnisse in der Sowjetunion

Mitteilung der zentralen Wahlkommission über die Resultate der Wahlen für den Obersten Sowjet der UdSSR am 10. Februar 1946

(SNB). Bei den zentralen Wahlkommissionen liefen bis zum 13. Februar, 12 Uhr mittags, von allen Kreiswahlkommissionen die endgültigen Angaben über die Wahlergebnisse für den Obersten Sowjet der UdSSR ein, die auf Grund der Protokolle der Bezirkswahlkommissionen zusammengestellt wurden.

Hierbei wurden alle Wähler vollständig einbezogen, die am 10. Februar, an dem Abstimmungstag teilgenommen haben, doch bis zum Tage der Wahlen nicht in die Listen der Wähler eingetragen wurden: Bürger, die zum Tag der Wahlen auf Grund der Demobilisierung aus der Roten Armee zurückkehrten, repatrierte Sowjetbürger, Personen, die abkommandiert waren, und sonstige Wähler, denen es aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, straz rechtzeitig registrieren zu lassen. Außerdem wurden im Laufe des 12. und 13. Februar die Wähler und die Resultate der Abstimmung für eine Reihe entlegener Wahlbezirke sowie für Wahlbezirke, die auf Eisenbahnstationen, in Fernzügen und auf Schiffen eingerichtet wurden, die am Tage der Wahl unterwegs waren, berechnet.

Auf Grund der genannten Angaben wird die Gesamtzahl der registrierten Wähler für alle Wahlkreise endgültig mit 101 717 686

Personen festgelegt. Davon haben 101 450 936 Personen an den Wahlen der Abgeordneten für den Obersten Sowjet teilgenommen oder 99,7 Prozent der Gesamtzahl der registrierten Wähler. In allen 682 Wahlkreisen für die Wähler für den Sowjet der Union haben 100 621 225 Personen für die Kandidaten der Blocks der Kommunisten und Parteilosen gestimmt, d. h. 99,1 Prozent der Gesamtzahl der Wähler.

Gegen die Abgeordnetenkandidaten für den Sowjet der Union haben 819 699 Personen gestimmt, d. h. 0,81 Prozent der Gesamtzahl der Wähler. Auf Grund des Artikels 88 der „Bestimmung über die Wahlen für den Obersten Sowjet der UdSSR wurden 10012 Stimmzettel für ungültig erklärt.

In allen 657 Wahlkreisen für die Wahlen für den Sowjet der Nationalitäten haben 100 603 567 Personen für die Kandidaten der Blocks der Kommunisten und Parteilosen gestimmt, d. h. 99,1 Prozent der Gesamtzahl der Wähler. Auf Grund des Artikels 88 der „Bestimmung über die Wahlen für den Obersten Sowjet der UdSSR“ wurden 28 414 Stimmzettel für ungültig erklärt.

USA gegen Nazi-Argentinien

Washington (SNB). Nach einer Reutersmeldung erklärte die Regierung der Vereinigten Staaten offen, daß es der argentinischen Regierung teilweise gelungen ist, ihr Ziel der Errichtung eines „totalitären Staates“ in der westlichen Hemisphäre zu verwirklichen.

In einem dokumentarisch belegtem Memorandum, das durch das Staatsdepartement veröffentlicht wurde, beschuldigte die Regierung der Vereinigten Staaten direkt das Peron-Regime, „der Achse positive Hilfe“ gewährt zu haben und das interamerikanische System durch eine „Strategie der Camouflage“ (Täuschung) „untergraben“ zu haben. Kopien des 131 Seiten umfassenden Memorandums wurden den Chefs der Missionen aller amerikanischen Republiken mit Ausnahme Argentiniens überreicht. Es enthält eine ungeheure Menge bisher noch

nicht bekanntgegebenen Materials, um die Beschuldigungen zu belegen, daß das Peron-Regime und die frühere Castillo-Regierung eine Politik der „positiven Hilfe für den Feind“ verfolgt haben.

Ein Teil des Memorandums beruht auf Dokumenten, die in den Geheimakten der Nazi-Beamten in Deutschland gefunden wurden. Daneben sind deutsche und italienische Beamte, die mit Argentinien assoziiert waren, einem gründlichen Verhör unterworfen worden. Die Dokumente wollen zeigen, daß sich ein umfangreiches Spionagenetz nicht nur durch Argentinien ausbreitete, sondern auch durch die benachbarten südamerikanischen Republiken. Die Behauptung wird aufgestellt, daß Franco-Spanien an dem deutsch-argentinischen Plan, die südamerikanischen Nationen in den Bannkreis der Achse hineinzuwickeln, beteiligt war.

In dem Bericht wird erklärt, daß die Lage der Alliierten, die damals militärische Rückschläge erlitten. Buenos Aires veranlaßte, offen von der Hitler-Regierung militärische Hilfe anzustreben.

UNO für Auslieferung der Kriegsverbrecher

London (SNB). Wie der Londoner Rundfunk meldet, hat die Vollversammlung der UNO den Antrag Bjeloruslands einstimmig angenommen, wonach die Mitglieder der Vereinten Nationen und auch die Nichtmitglieder alle notwendigen Maßnahmen für die Verhaftung und Auslieferung von Kriegsverbrechern treffen sollen.

London (SNB). Die Regierungsvorlage zur Aufhebung des im Jahr 1927 beschlossenen Gesetzes über Gewerkschaftsstreikigkeiten, das Generalsstreiks unter Verbot stellte, wurde im Reichstag am 14. Februar mit 369 gegen 194 Stimmen angenommen.

Die Kluft zwischen Rechtspflege und Volk

Von Prof. Dr. J. U. Schroeder,

Generalstaatsanwalt des Bundeslandes Sachsen

Fast täglich bringen die Zeitungen Meldungen über gerichtliche Urteile, die unser Volk nicht versteht. Da wird ein Hamsterer, der Mengen von Lebensmitteln hat verkommen lassen, freigesprochen. Da wird Burschen, die sich zu Diebstählen verbanden, Bewährungsfrist zugebilligt. Da wird von einer einseitigen Verfügung gesprochen, die sich gegen einen Aufseher in der Presse wendet und seine Wiederholung verbietet. Was hat es mit alledem auf sich? Woran liegt es, daß sich immer wieder Unzufriedenheit mit der Handhabung der Rechtspflege kundgibt? Wie können wir dahin gelangen, die Kluft zu überbrücken zwischen der Justiz und den breiten Massen unseres Volkes?

Die gegenwärtig amtierenden Richter, die früher nicht der NSDAP angehört — sonst wären sie ja entlassen — sind in einer Periode herangebildet, in der in der Rechtslehre der Positivismus herrschte, in der die Auffassung galt, die einzige Rechtsquelle sei das Gesetz, der Richter habe es anzuwenden in dem Geiste seiner Entstehungszeit. Er sei berufen, den einmal autoritär verkündeten Willen so lange anzuerkennen, bis die Staatsmacht durch eine Gesetzesänderung eingreife. Unabweislichen Forderungen des Lebens nachzugehen, zu erkennen, daß sich zugleich mit grundlegenden Änderungen in Wirtschaft und Gesellschaft die rechtlichen Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens wandeln, daß es ewiger Beruf der Jurisprudenz ist, „das Recht den Bedürfnissen des Lebens dienstbar zu machen“, zu erwägen, daß das Recht nur der Ueberbau der Wirtschaftsordnung ist, und daß sich die Rechtsätze unter dem Einfluß der

FDGB Provinzausschuß-Mitglieder

Sonnabend, den 16. Februar 1946, 10 Uhr

Sitzung des Provinzausschusses

im Gewerkschaftshaus, Harz 42—44, Zimmer 19

Tagesordnung

1. Aufgaben des FDGB nach der Zonenkonferenz,
2. Kassenbericht,
3. Wahl des geschäftsführenden Ausschusses,
4. Arbeitsplan für die Provinz Sachsen.

Provinzausschuß des FDGB

gesellschaftlichen Verhältnisse kormen und gestalten; das alles erschien der Wilhelmischen und Nachwilhelmischen Welt schlechthin befremdlich. Es kommt ein weiteres hinzu: Von jeher hat die überwiegende Zahl der Juristen sich nur zögernd, nur widerwillig bereitgefunden, ausgetretene Bahnen zu verlassen und kühnen Neugängen den Weg zu bereiten. Um so mehr aber ist das der Fall, wenn die Juristenschaft sich geradezu instinktiv gegen den Anbruch einer neuen Entwicklung stemmt, wie wir ihn doch zu unserem Glück zu erleben hoffen.

Man mag zur Lehre der Gewaltenteilung stehen, wie immer man will. Das Eine ist unbedingt nötig, daß die Rechtspflege, wenn sie schon einen eigenen Zweck der Staatsfunktion bildet, in demselben Geiste gehandhabt wird, in dem die Organe der Gesetzgebung und Verwaltung ihre Aufgaben erfüllen. Das ist es, woran es heute offenbar völlig fehlt.

Auch die Rechtswissenschaft mag gewiß auf der Erfahrung und den Errungenschaften früherer Generationen aufbauen, sie darf jedoch, wie es vor kurzem W. Ruban in der „Täglichen Rundschau“ von jeder Wissenschaft verlangt, „nicht in Routine versinken, nicht den Anschluß an das Leben verlieren, sich nicht in eine Wissenschaft verwandeln, die lebensfremd ist und eine Sammlung konservativer Ideen darstellt, die den wahren Fortschritt hindert.“

Wir brauchen auch in der Justiz das lebendige Bild, das sichere Gefühl, den hinausgreifenden Willen, wenn wir in der sowjetischen Zone an den Neuaufbau gehen.

Die deutschen Juristen müssen in sich gehen und verstehen lernen, daß wir in Deutschland nur zu retten sind, wenn es uns gelingt, uns zu befreien aus Sünde und Schuld und die irdischen Dinge des Gemeinschaftslebens neu zu gestalten.

„Die schöpferische Tat setzt den schöpferischen Geist voraus, eine Rechtspflege, die dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, wird zum Bleigewicht des Rechtslebens.“ Sie hat ihren Beruf verfehlt.

Wo hin? Wie? Wann?

Aha, ein neuer Fahrplan! Zwar nicht die bewährte Taschenausgabe...

Das Glanzstück dieses kleinen Fallbüchleins ist aber der „sprechende Streckenfahrplan“...

Antifaschistische Frauen helfen

Ein Schild mit der Aufschrift: „Gastliche Aufnahme allen denen, die kein warmes Zimmer haben...“

Der Aufenthalt in diesen Gaststätten ist kostenlos. Darüber hinaus sind Vorkehrungen getroffen, daß an alle Hilfsbedürftigen eine heiße Tasse Kaffee unentgeltlich abgegeben wird...

Sie helfen mit

Leitung und Betriebsrat der Central-Gesellschaft spendeten und teilten dem Fonds zur Ausbildung unserer Neulehrer den Betrag von 5000 RM zur Verfügung...

Linie 7 voll in Betrieb

Nachdem die große Schadenstelle in der oberen Leipziger Straße in mühevoller Arbeit beseitigt ist, fährt die Linie 7 der Straßenbahn wieder bis und von Hauptbahnhof. Für Linie 18 (Reideburg) ist jetzt Leipziger Turm Endstation.

Stillegung infolge Hochwasser. Der Personen- und Expresstrafverkehr auf der Saale (Halle-Calle und zurück) mußte wegen Hochwasser eingestellt werden...

KULTURSTUNDE der Jugend

Zweite Veranstaltung der Literaturgruppe am Sonntag, dem 17. Februar, 10.30 Uhr, im Haus der Jugend, Reichardtstr. 11.

Fortschritt der Jugendarbeit

In einer kürzlich stattgefundenen Jugendarbeitstagung im Haus der Jugend, konnte man feststellen, daß die Jugendarbeit in Halle große Fortschritte macht.

Halles Aufbauplan 1946

Wohnungsbau im Vordergrund — Neue Wege der Finanzierung

Im Magistrats-Sitzungssaal fand eine eingehende Aussprache der Stadtverwaltung mit Vertretern der Bauwirtschaft, der Geldinstitute, der vier Blockparteien, der Baugewerkschaften und der Gewerkschaften statt...

Bürgermeister Pretsch gab einleitend Grundsätze für den geplanten Wiederaufbau bekannt, in denen er folgende vier Fragen behandelte:

- 1. Wer ist Eigentümer der vorhandenen Trümmer?
2. Wie sind die Bodenprobleme zu lösen?
3. Wie schaffen wir die Mittel zum Bauen?
4. Wo soll bauen?

Vor Beginn der sehr lebhaften Aussprache des Oberbürgermeister Mertens ausdrucklich darauf hin, daß diese Zusammenkunft lediglich einer Vorbesprechung zur Klärung einiger wichtiger Fragen diene...

Vor Grundrundsatz stand die Frage der jetzigen und künftigen Hypothekengrundlagen und Uebereinstimmung kann es aufgrund, daß ein Ausgleich zwischen den ausgebauten Grundstücksbesitzern und denjenigen, denen

ihre Grundstückeigenen bisher erhalten geblieben ist, stattfinden müsse.

Ingehend wurde die Berliner Regelung besprochen. Dort werden zunächst 50 Prozent der Mieten an die Stadt abgeführt. Diese Mittel sind für den Wiederaufbau der Stadt Berlin bestimmt.

Bisher sind in Halle ungefähr 2000 leichtbeschädigte Wohnungen wieder hergestellt. 3000 Neuwohnungen müssen noch geschaffen werden.

Die bedeutungsvolle Tagung führte zu der ersten Klarstellung grundsätzlicher Probleme, die zur weiteren Behandlung des Fragenkreises für die verantwortlichen Stellen von großer Wichtigkeit ist.

Warum Typhusschutzimpfung?

Weil vorbeugen besser ist als heilen

In der Folgezeit von Kriegen und anderen Menschheitserschütterungen treten immer wieder Seuchen auf, die eine weitere Schwächung der Volkskraft bedeuten.

Wir stehen heute wiederum vor einer Situation, die uns auf allen Gebieten zwingt nicht nur die Bekämpfung, sondern nach der vorhandenen Möglichkeiten zu handeln.

Neben der laufenden Kontrolle aller Angehörigen von Lebensmittelbetrieben auf Bazillenausscheidung hat hier die Typhusschutz-

impfung die größte Bedeutung. Es handelt sich dabei um die dreimalige Einspritzung von abgetöteten Typhusbazillen, die den Körper nicht krankmachen können, aber zur Bildung von Abwehrstoffen wie bei einer echten Erkrankung anregen.

Hunderttausende von Menschen sind in den letzten Monaten in der Provinz Sachsen gegen Typhus geimpft worden, ohne daß dabei Besonderheiten aufgetreten wären.

Fließige Hände werden gebraucht

Die Strickstunden des Antifa-Frauenausschusses, Stadteil Westen, finden für die Straßen der Bezirksausgestellte 12 im Bäckertinnungsbau, Glaucher Straße 17, mittwochs in der Zeit von 19-21 Uhr...

Wissenswertes von den Kartoffelabschnitten

Wie das Amt für Handel und Versorgung mittelt, sind die Wochenabschnitte des Bezugsausweises für Speisekartoffeln der Stadt Halle ab 4. Februar für die Perioden 85, 86 und 87 nur dann gültig, wenn sie mit dem Dienststempel der Stadt Halle versehen worden sind.

Sie können vom Tage ihrer Gültigkeit ab bedient werden. Die Wochenabschnitte der Perioden 82 und 83 (12. Nov. bis 31. Dez. 1945) sind mit und ohne Dienststempel der Stadt Halle gültig.

Die Sonntagsarbeitspflicht

Am kommenden Sonntag haben alle fröhlichen Mitglieder der NSDAP, SA, SS, NSKK, NSFK und der NS-Frauenchaft im Alter von 21 bis 65 Jahren bei Männern und von 21 bis 45 Jahren bei Frauen zur Arbeit an den für ihre Wohnung zuständigen Bau- beziehungsweise Sanierungsämtern anzutreten.

Bezaubernde Welt in Leuna

Unter diesem Titel stellte sich im Südsaal des Peterabendhauses zu Leuna ein lustiges und vielseitiges Varietéprogramm vor.

Jeder Hammerschlag ein Schlag für den Wiederaufbau

Unter Leitung Fred Rolands und Mitwirkung des gesamten Ensembles und des Publikums geerdet und erhellt dadurch eine besonders anspruchsvolle Nummer — Kurt Jurich als „blödsinniger“ Komiker — sehr gut — Heany Hauptmann, Hanni Gert und das Tatjana-Golnykoff-Ballett in Gesamt- und Solo-Elastikität — im ersten Teil.

Ein Warenhaus — der Wunsch aller Schaffenden

Eine Zeitschrift an die Presse aus den Reihen der Genossenschaftsfrauen hat die Konsumgenossenschaft Halle veranlaßt, zur Frage eines Warenhauses Stellung zu nehmen.

Die Kreis- und Provinzdelegierten-Konferenz des FDGB hat uns ein g-waltiges Stück vorwärts gebracht. Überall werden jetzt die Pläne in den Betrieben und in den Haushalten Warenauslieferung wird aufgenommen, und damit wird die Grundlage für ein Warenhaus geschaffen.

Kinder fahren aufs Land

Gestern früh gab es ein reges Treiben auf dem Bahnhofsvorplatz. In großen Scharen eilten Kinder herbei. Außer dem Schulranzen trugen sie noch ein Körbchen bei sich.

Auf Anregung von Frau Präsidialrat Reinkne haben sich in verschiedenen Kreisen Eltern bereitgefunden, Stadtkinder für die Wintermonate aufzunehmen.

Diesen ersten Verschiekungen sollen in Zukunft weitere folgen. Um die Kinder mit ausreichender Kleidung, besonders mit Schuhwerk auszustatten, rief das Hilfswerk der Provinz Sachsen die Bevölkerung auf, alle entbehrliche Kinderkleidung in der Größe der Eltern, Bergstraße 46, abzuliefern.

Patenschaften für Umsiedler-Kinder!

Ein besonderes Problem unserer Tage bildet die Fürsorge der Umsiedler-Kinder. Sie haben meist alles verloren. Anstrengungen und Entbehrungen einer weiten Reise haben sie erschöpft, ihre Sachen stark in Mitleidenschaft gezogen. Ihre Mutter haben viele Aufgaben in einer neuen Heimat nicht bewältigen können.

Neuausgabe von Postwertzeichen

Von der seit längerer Zeit ausverkauften 1. Ausgabe der Bodenreformmarken zu 6 und 12 Rpf. (geschnitten und auf gewöhnlichem Papier gedruckt) wird nunmehr eine neue, gezeichnete Ausgabe, und zwar in Wasserzeichen- und Metallvariante, herausgegeben.

Dauerreisegenehmigungen verlängert

Die Reichsbahn gibt bekannt: Alle mit einer Gültigkeitsfrist bis 31. März oder 30. Juni 1946 ausgereichten persönlichen und unpersönlichen Dauerreisegenehmigungen werden bis zum 31. Dezember d. J. verlängert.

Schon die Weidenkätzchen!

Der Frühling will kommen. Die Samen der Weidenkätzchen warten in die Stadt. In Straßen und Büdnen kommen sie uns auf der Straße entgegen. Unbedachte Kinder und Erwachsene plündern die Weidensträucher, ohne daran zu denken, daß sie damit den fleißigen Bienen, die auch in diesem Jahre für Kinder, Kranke und Schwache Honig sammeln sollen, schwarzen Schaden zufügen.

Weiterbericht vom 15. Februar

Vorhergabe gültig bis 16. Februar, abends! Nachts aufgelockerte Bewölkung, am Tage stark wolkgig bis bedeckt und einzeln Regenfälle. Temperatur in der Nacht um 0 Grad, am Tage bis leicht anstehend. Mäßige teilweise starke Winde aus Nordwest.



Funktionär-Konferenz in Mühlberg

Zu einer gemeinsamen Funktionärskonferenz trafen sich 54 Funktionäre, die der SPD und KPD angehören oder in der Gewerkschaft oder Genossenschaftsarbeit tätig sind. In der Mitte stand die historische Aufgabe des kommenden Zusammenschlusses. Genosse Naumann (KPD) betonte in seinem Referat, daß bis jetzt bereits in gemeinsamer Arbeit viel geschafft wurde. Er erinnerte dabei an die Bodenreform, Schulreform, Einheit in allen Gewerkschaftsfragen. Es gilt aber weiter noch große Aufgaben gemeinsam zu lösen, denn die Macht der Konzerne, Trusts und Kartelle ist noch ungebrochen. Hier gilt es, die Reaktion ebenso vernichtet zu treffen, wie es bei der Bodenreform mit den Junkern geschah. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde der kommende Zusammenschluß von der Lehrerschaft, Frauenausschuß und den Gewerkschaftlern begrüßt.

Konsumversammlung in Muldenstein

Die Verbrauchergenossenschaft Bitterfeld, Verkaufsstelle Muldenstein, führte eine Mitgliederkonferenz durch. Der Verkaufsstellenleiter, Gen. Bretschneider, gab in einem Referat einen Bericht über den Aufbau und die schnelle Entwicklung der jungen Zweigstelle der Verbrauchergenossenschaft, die in kurzer Zeit über 500 Mitglieder werden konnte. Danach sprach Gen. Petermann-Bitterfeld in einem ausführlichen Referat über die Entwicklung des Genossenschaftsgedankens von Schulze Delitzsch bis zur Jetztzeit. Trotz der Verhinderung der Genossenschaftler durch den Hitlerismus ist es gelungen, aus dem wenig übrig blieb, etwas Großes und Vorbildliches zu schaffen.

Kreis-Konferenz in Elsterwerda

Eine gut besuchte Kreis-Konferenz für den Kreis Liebenwerda unter dem Vorsitz des Gen. Dietrich statt. In der Konferenz sprach Gen. Reinhold Drescher (Halle) über die gegenwärtige Lage und über die überall gewünschten Einheitsbestrebungen der beiden großen politischen Arbeiterparteien. Seine Ausführungen wurden im Zeichen der Zustimmung oft von den Delegierten unterbrochen. Der feste Wille zur Einigung in einer demokratisch-sozialistischen Einheitspartei kam auch in der anschließenden Diskussion lebhaft zum Ausdruck. In der abschließend durchgeführten Wahl wurde Gen. Dietrich-Falkenberg zum Kreissekretär gewählt. Der Unterbezirk wird seinen Sitz von Falkenberg nach Liebenwerda verlegen.

Hilfswerk-Erfolg in Zeitz

Die Firma Naether in Zeitz konnte durch eine funtzweckige Spende auf ihre Lieferungen der Gesamtbetrag von 220 RM für die Hilfswerke „Rettet die Kinder“ abführen. Die Firma spendete außerdem von sich aus zu diesem Betrag noch weitere 1000.— RM.

Hochwasser in Heftstedt

Als Folge der raschen Schneeschmelze und starker Regenfälle stieg das Wasser der Wepe und des Mühlbaches in Heftstedt an. Dadurch wurden Gärten und Ackerflächen unter Wasser gesetzt. Während der am rechten Ufer des Flusses ausgeschüttete Damm hielt und ein Überfluten der Schrebergartenanlage vor der Saigerhütte verhinderte, zerbrach der Damm am linken Ufer stellenweise und die neu angelegten Schrebergärten hinter der Badeanstalt wurden überspült.

Hochwasser in Kelbra

Durch die schnelle Schneeschmelze im Harz und durch einen anhaltenden Regen wurde die Hochwassergefahr beträchtlich verstärkt. Die Wepe mündet in der Wepe, die durch die umliegenden Ackerfelder wurden überflutet. Um auf die Straße Berga-Kelbra zu gelangen, benutzen die Einwohner Stelzen.

Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI
Geschrieben im Jahre 1907

10. Fortsetzung

„Ja, für alle, Mütterlein!“ rief der Kleinruß, „Für uns gibt es keine Nationen, keine Stämme, es gibt nur Genossen oder Feinde. Alle Arbeiter sind unsere Genossen, alle Reichen, alle Regierungen unsere Feinde. Wenn man die Welt offenen Blickes ansieht, wenn man sieht, wieviel wir Arbeiter sind und wieviel Kraft wir verkörpern, ergreift Freude das Herz, und ein großes Fest ist in der Seele. Und ebenso, Mütterlein, fühlt der Franzose und der Deutsche, wenn er das Leben ansieht, und ebenso freut sich der Italiener. Wir alle sind Kinder einer Mutter — dens unbestreitbaren Gedanken von der Brüderschaft der arbeitenden Bevölkerung aller Länder. Der erwärmte uns, er ist die Sonne am Himmel der Gerechtigkeit, und dieser Himmel ist im Herzen des Arbeiters, und wer der Sozialist auch sei, und wie er sich auch nennt — er ist uns stets im Geiste verbunden, jetzt und in alle Ewigkeit!“

Dieser kindliche aber feste Glaube faßte immer tiefer Boden unter ihnen, nahm immer mehr zu und wuchs mächtig und kraftvoll. Und wenn die Mütter das sah, fühlte sie unwillkürlich, daß in Wahrheit etwas Großes und Helles, der himmlischen, der sichtbaren Sonne ähnliches in der Welt geboren war.

Oft wurden Lieder gesungen. Die einfachen, allen bekannten Lieder sang man laut und lustig; aber bisweilen wurden neue, nicht heimliche Lieder von eigenem Geiste in unbekannt Melodien gesungen. Die sang man halblaut und ernst wie in der Kirche. Die Gesichter der Sänger wurden blaß, wurden heiß, und in den klavolanten Worten lag große Kraft.

Verordnung

Über die Erfassung und den Austausch von Ueberbeständen an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aus Anlaß der Bodenreform

§ 1 Die Landräte haben die in ihrem Kreise befindlichen Ueberbestände an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aller Art und an allen Orten zu erfassen und unter Zuhilfenahme von geeigneten Fachkräften zwischen den in Frage kommenden einzelnen Wirtschaften ihres Kreises so auszutauschen, daß in jedem Falle ein möglichst großer Nutzeffekt für die gesamte landwirtschaftliche Produktion 1946 gewährleistet ist.

§ 2 Bleiben danach in einem Kreise Ueberbestände an Maschinen und Geräten, so sind diese der Provinzial-Verwaltung, Abteilung L zu melden, die sie solchen Kreisen zuweist, die in ihrer technischen Ausrüstung weniger gut gestellt sind. Die hierzu notwendige Feststellung in bezug auf Ueberhörs bzw. Bedarf der Kreise treffen die Landräte, die das Ergebnis bis zum 20. 2. 1946 der Provinzial-Verwaltung, Abteilung L zu übermitteln haben.

Letztere gibt den betreffenden Landräten alsdann die Liefer- und Empfängerkreise bekannt. Die Landräte haben den Lieferkreis sofort mit dem Empfängerkreis in Verbindung zu bringen und den Austausch unmittelbar durchzuführen.

§ 3 Der Wert der abzugebenden Maschinen und Geräte ist durch geeignete Fachkräfte, welche die Landräte zu bestimmen haben, zu ermitteln und protokollierend festzuhalten. Der Erwerber hat diesen Wert als Kaufpreis dem Lieferer zu entrichten.

§ 4 Die Aktion ist sofort in Angriff zu nehmen, ihre Durchführung und ihr Resultat bis zum 15. 3. 1946 der Provinzial-Verwaltung zu melden.

Halle S., den 21. Januar 1946.
Der Präsident der Provinz Sachsen.

Verordnung

zur Sicherstellung des notwendigen Bedarfs an Maschinen, Geräten und Werkzeugen aus Anlaß der Bodenreform

§ 1 Der zu berücksichtigende Bedarf an Maschinen, Geräten und Werkzeugen für die Neubauernschaft wird im gegenseitigen Benehmen zwischen der Provinzial-Verwaltung und der Central-Ankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Halle (Saale), festgestellt.

§ 2 Die für die Erstattung dieses Bedarfs notwendigen Rohstoffmengen sind durch die Provinzial-Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Halle und der Handwerkskammer Halle zu ermitteln.

§ 3 Die Provinzial-Verwaltung und ein bei ihr errichteter Arbeitsausschuß, bestehend aus Vertretern der zuständigen Abteilungen der Provinzial-Verwaltung, der Industrie- und Handelskammer Halle, der Handwerkskammer Halle, der Landmaschinenindustrie, des Landwirtschaftsorgans und Arbeiter der Gewerkschaften stellen das Produktionsprogramm für 1946 auf und legen die Produktion auf die einzelnen Industrie- und Handwerksbetriebe um.

§ 4 Die Herstellerfirmen der Industrie und des Handwerks melden bis zum 5. j. M. den Produktionsausstoß des vorangegangenen Monats an die Provinzial-Verwaltung.

§ 5 Die Verteilung erfolgt auf Grund von Anweisungen, die durch den Landmaschinenhandel ausgegeben werden. Die Dringlichkeit der Anschaffungen muß nachgewiesen werden durch Besichtigung des Vorhandenseins der Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe und des Bürgermeisters der betreffenden Gemeinde. Die genannten Instanzen haben den strengsten Maßstab anzulegen und tragen dafür die volle Verantwortung. Die Anträge sind vom Landmaschinenhandel den Landräten vorzuzureichen. Die Landräte registrieren diese art- und mengenmäßig und stellen sie in der Zusammenfassung als Unterlage für einen Verteilungsschlüssel der Provinzial-Verwaltung bis zum 5. j. M. zu. Die Verteilung erfolgt prozentual in die Kreise und durch sie an die Händler auf Grund der eingereichten Anträge.

Halle S., den 21. Januar 1946.
Der Präsident der Provinz Sachsen

FDGB und Frühjahrsbestellung

Die rechtzeitige und vollständige Frühjahrsbestellung ist in diesem Jahr mehr denn je eine Aufgabe des ganzen Volkes und besonders der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Von der rechtzeitigen Durchführung der Frühjahrsfeldbestellung wird es abhängen, ob im kommenden Jahr zur Erreichung der ständigen Bewässerung die benötigten Mengen an Getreide, Gemüse aller Art, Kartoffeln, Zuckerrüben und Futtermittel zur Fleischherzeugung produziert werden.

Die rechtzeitige Erledigung der Frühjahrsarbeiten in der Landwirtschaft wird davon abhängen, in welchem Umfange es der Industrie- und Bauernschaft gelingt, die Landwirtschaft mit den notwendigen Ackerbaugeräten, Düngemitteln und Hilfsstoffen zu versorgen. Die Bereitstellung der Düngemittel, deren Erzeugung eine Aufgabe der Arbeiter in den Bergwerken und der chemischen Industrie ist, hängt wesentlich von der Leistungsfähigkeit unseres Transportwesens ab und muß vor allen Dingen von der Eisenbahn gelöst werden.

Aus diesen Darlegungen läßt sich erkennen, in welchem Umfange die landwirtschaftliche Erzeugung von den Leistungen der Industrie abhängig ist. Die Bereitschaft der freigewerkschaftlichen Arbeiter zu rechtzeitigen und vollständigen Erfüllung dieser Leistungen ist notwendig, um das Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern praktisch wirksam werden zu lassen.

Die sich aus diesem Bündnis für die Industrie- und Bauernschaft ergebende Verpflichtung steigert sich, wenn die Hilfsbedürftigkeit der Neubauern ins Auge gefaßt wird.

Um den für die Ernährung des Volkes ausschlaggebenden Neubauern zu helfen, werden von der FDGB und Gewerkschaften verschiedene Maßnahmen einer direkten Hilfe auf dem Lande getroffen werden müssen. Es kommt hier darauf an, durch die Einrichtung fliegender Reparaturkolonnen, durch die Planung der Ersatzteilherstellung den Bauern zu helfen, die Bauern ermutigen durch ihre Arbeit dem Boden das Letzte für die Ernährung des Volkes abzurufen. Die aufgezeigten Verflechtungen zwischen der Arbeit der Gewerkschaften und der Arbeit der Bauern beweisen, daß die Frühjahrsfeldbestellung und die davon abhängende Sicherung der Ernährung des Volkes ein Ziel aller Schaffenden in Stadt und Land sein muß. Eile tut aber! Ackergeräte, Schlepper, Pferdegeschirre, Hufeisen, Nägel müssen vor Beginn der eigentlichen Feldarbeiten bereitstehen.

Die Bauarbeiter werden sich damit zu befassen haben, das ländliche Bauwesen zu organisieren, damit schon im kommenden Jahr die notwendigen Gebäude auf den Neubauernstellen errichtet werden können.

Nur, wenn sich eben in einer so praktischen Weise die Arbeiterschaft für die Bauern einsetzt, werden die Bauern ermutigt durch ihre Arbeit dem Boden das Letzte für die Ernährung des Volkes abzurufen. Die aufgezeigten Verflechtungen zwischen der Arbeit der Gewerkschaften und der Arbeit der Bauern beweisen, daß die Frühjahrsfeldbestellung und die davon abhängende Sicherung der Ernährung des Volkes ein Ziel aller Schaffenden in Stadt und Land sein muß. Eile tut aber! Ackergeräte, Schlepper, Pferdegeschirre, Hufeisen, Nägel müssen vor Beginn der eigentlichen Feldarbeiten bereitstehen.

„Wir müssen eine Zeitung haben!“ sagte Pawel oft.

Sie liebten hastig und wie im Fieber, die Menschen liefen immer geschwinder hin und her, eilten von einem Buch zum andern, wie Bienen von Blume zu Blume.

„Man spricht schon über uns!“ sagte Wessowitschikow eines Tages. „Wir fallen sicher bald herein.“

„Die Wachtel ist dazu da, daß sie ins Netz gerät!“ erwiderte der Kleinruß.

Er gefiel der Mutter immer besser. Wenn er sie „Mütterlein“ nannte, so war ihr immer, als streichelte jemand ihre Wangen mit weicher Kinderhand. An den Sonntagen, an denen Pawel keine Zeit hatte, spaltete der Kleinruß Holz; eines Tages kam er mit einem Brett auf der Schulter, nahm das Beil und ersetzte schnell und geschickt eine verfallene Treppenstufe durch eine neue; ein andermal bessere er ebenso unbemerkt den einstürzenden Zaun aus. Bei der Arbeit piff er stets, und sein Pfeifen hatte einen wehmütigen Reiz.

Einmal sagte die Mutter zum Sohn: „Laß uns den Kleinruß als Kostgänger nehmen. Dann habt ihr es beide gemütlicher und braucht nicht immer hin und her zu laufen.“

„Wozu sollen wir dir soviel Mühe machen?“ fragte Pawel achselzuckend.

„Nun, das macht nichts, ich habe mich das ganze Leben geschunden, ohne zu wissen wofür... Einen braven Menschen zuliebe kann ich schon etwas tun!“

„Wozu sollst du wilst?“ erwiderte der Sohn. „Wenn er zu uns zieht, soll es mich freuen.“

Und der Kleinruß zog zu ihnen.

VIII
Das kleine Maus am Rande der Vorstadt erreichte die Aufmerksamkeit der Leute, und schon stundendlang argwöhnischer Blicks wurde über seine Wunde geblüht. Wunderlich bunte

Zusammenschluß gefordert

Greppin. Auch hier hat der Einheitsgedanke in allen vorwärtsblickenden Arbeitern und Arbeiterinnen festen Fuß gefaßt, so daß die Einheitspartei bereits lebende Wirklichkeit zu werden beginnt. Die Zustimmung der beiden Arbeiterparteien in Greppin war von ihrer Wiedergeburt an stets vorbildlich. Als der Impuls von Berlin zwecks Schaffung der Einheitspartei kam, löste er sofort organisatorische Vorbestrebungen aus. Zunächst wurde die Beschäftigtenarbeit zusammengeschlossen. Jedem Arbeiter fand im Lokal Schmidt ein gemeinsamer Schulungsausschuß statt. Dieser nimmt nach und nach die Form an, die am geeignetsten ist, um politisches und allgemeines Wissen zu vermitteln. In einer gemeinsamen Funktionärskonferenz sprach der Genosse Neujahr-Bitterfeld in einem instruktiven Referat über die Einheitsfront aller Schaffenden. Er legte dar, daß die außergewöhnliche Situation, in der sich heute Deutschland befindet, nur gemeistert werden kann durch die hochpolitische Kampfkraft der deutschen Arbeiterklasse. Vorbedingung dafür ist die Einheitspartei. Es muß auch alles getan werden, um echtes Wissen in die Massen hineinzugetragen, denn nur das Unvermögen der deutschen Menschen, die politische Strömung in ihrem Wesen richtig zu erkennen, hat den Sieg des Faschismus in Deutschland ermöglicht. In der Diskussion wurde dem Referat des Gen. Neujahr beifällig zugestimmt und vielfach der Wunsch geäußert, die Einheitspartei baldmöglichst zur Tatsache werden zu lassen.

Düben bildet Organisationskomitee

Die Genossen der SPD und KPD sammelten sich im „Haus des Proletariats“ zu einer außerordentlichen Sitzung. Auf der Tagesordnung stand die Bestimmung eines Organisationskomitees zur Bildung der Einheitspartei im Distrikt Düben. Genosse Lillenthal (KPD) eröffnete die Versammlung und wies in kurzen Worten auf die Bedeutung dieses historischen Abends für die Dübener Arbeiterschaft hin. Dann sprach der Bürgermeister von Bitterfeld, Genosse M. O. über die Bedeutung der Einheitspartei als „organischer Einheit“. Der Redner wandte sich gegen die separatistischen und federalistischen Strömungen. Die Einheit des Arbeiters, sagte der Redner, ist die Grundlage der Einheit im Volk. Deshalb steht als Wichtigstes die sofortige Vorbereitung von organisatorischen und ideologischen Einheit im Vordergrund der Arbeit der beiden marxistischen Parteien.

In einem anschließenden Referat sprach Genosse Schmelzer-Bitterfeld. Er sagte, daß nur rasche Tatkraft und schnelle Selbsthilfe die Arbeiterschaft zum Siege führen könne. Mit den Worten „Brüder, in ein uns die Hände“ schlossen die Genossen der Bruderparteien ihre gemeinsame Versammlung.

Freiburg (Unstrut). Die Mitgliederversammlung der Ortsverein wurde von Käfer geleitet. Anschließend sprach Genosse Hoffmann (Naumburg) über das Thema: „Einheit der Arbeiter“. Der Referent betonte besonders, daß unter allen Umständen die Einheit der Arbeiter zu bestehen muß. Er äußerte sich über die Aufgabe der Arbeiterpartei für die Zukunft, die Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele und die nationale Einheit Deutschlands zu sichern.

Calwede. Die gemeinsam einberufenen Mitglieder- und Parteiversammlung der Arbeiterpartei und der Entscheidung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD in Berlin. Die Versammlung begrüßte den erfolgreichen Verlauf dieser historischen Arbeit. Die Teilnehmer erklärten: „Wir sind gewillt, unsere gemeinsame Arbeit noch enger zu gestalten. Beide Parteien gelobten sich, endlich den Bruderkampf zu beenden und von dens abzurufen, die sich dem Aufbau entgegenstellen. Nur eine geeinte Arbeiterpartei kann die Kräfte der Reaktion vernichten.“ Die gemeinsame Mitgliederversammlung forderte dann die Zentralausschüsse zur Zusammenkunft beider Parteien zu beschließen.

Der gemeinsame Einsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur freien Bauernschaft in Stadt und Land zu einer Arbeitergemeinschaft für den Aufbau einer friedlichen Wirtschaft und einer freien Demokratie.

Gerichte waren im Umlauf, die Menschen bemühten sich, etwas aufzuspüren, aufzudecken, was hinter den Wänden des Hauses am Abhang verborgen war. Nachts blickten Leute ins Fenster, bisweilen klopfte jemand an die Scheiben und lief geschwind und furchtsam von dannen.

Eines Tages hielt der Gastwirt Begunzow, ein ehrwürdiger Greis, der stets ein schwarzes Seidentuch um den roten, welken Hals und über der Brust eine dicke, blaßplüschweste trug, auf der Straße die Wassowa an. Auf seiner spitzen, glänzenden Nase saß ein Schildpflanneifer, aus diesem Grunde nannte man ihn „Knochenauge“. Er trat der Wassowa in den Weg und überschüttete sie in einem Atem, ohne eine Antwort abzuwarten, mit einer Flut prasselnder, dürrer Worte.

„Pelagea Nitowna, wie geht's? Was macht der Sohn? Willten Sie ihn nicht verheiraten? Junger Mann in den besten Jahren! Er früher man den Sohn verheiratet, um so besser haben es die Eltern. In der Familie hält sich der Mensch geistig und leiblich an, wenn er die Familie fühlt er sich wie der Hahn im Korbe. Ich würde ihn an ihrer Stelle verheiraten. Unsere Zeit erfordert strenge Zucht, die Menschen leben zu sehr für sich. In allen Gedanken tut sich Zügellosigkeit kund, und man nimmt Handlungen wahr, die Tadel verdienen.“

Die Wassowa schenkte dem alten Mann den Ort der Geselligkeit wird sie fremd; man kommt heimlich in Winkeln zusammen und flüstert miteinander. Warum flüstert man, gestatten Sie die Frage, warum hält man sich abseits? Alles, was der Mensch nicht unter Menschen, und die Schenke zum Beispiel, sagen kann — was ist das? Das sind Geheimnisse! Für Geheimnisse aber ist nur unsere heilige apostolische Kirche der Ort. Alle anderen Geheimnisse, die in Winkeln vor sich gehen, sind Verirrungen des Geistes. Was kann eine gute Genossenschaft!“ (Fortsetzung folgt)

Generaleunant R. A. Rudenko klagt an

Die Fortsetzung der großen Anklage des Vertreters der Sowjetunion in Nürnberg

Mit Genehmigung des Tribunals werde ich nur zwei Punkte dieser Regel, Punkte 4 und 5, verlesen.

Dort, wo solche Maßnahmen versäumt wurden, oder wo ihre sofortige Durchführung unmöglich war, sind die verdächtigen Elemente unverzüglich einem Offizier vorzuführen. Dieser entscheidet, ob sie erschossen werden sollen.

Es ist kategorisch verboten, die Verdächtigen lange in Haft zu behalten, um sie nach Einführung der Gerichte für die Zivilbevölkerung an diese zu übergeben.

Nach diesen sogenannten „Regeln“ wurde über das Schicksal und das Leben jedes Festgenommenen unmittelbar von einem Offizier entschieden, wobei es verboten wurde, wie in der Anordnung zynisch gesagt wird, „die Verdächtigen bis zu ihrer Übergabe an das Gericht in Haft zu behalten“. Auf diese Weise wurde die physische Vernichtung der „Verdächtigen“ direkt vorgeschrieben. Im Falle irgendwelcher Überfälle auf die deutschen Streitkräfte schrieb diese Anordnung „Massenzwangmaßnahmen“, d. h. die ausnahmslose Vernichtung unschuldiger Menschen, vor.

Wie weit der Zynismus der deutschen Kriegführung bei der Anwendung des blutigen Terrors ging, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß diese „Anordnung“ die deutschen Soldaten, Offiziere und Beamten von jeder Verantwortung für die von ihnen begangenen Verbrechen gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung befreite. Diese Anordnungen schrieben den deutschen Truppführern vor, nur solche „Urteile“ zu fällen, die, wie es in den Beziehungen zum Stab und in den politischen Absichten der Führung“ entsprechen.

Folglich wurden lange vor dem 22. Juni des Jahres 1941 von der Hitlerregierung und dem deutschen Oberkommando, dessen Vertreter die Sowjetunion in Nürnberg im Kriegsverbrechen auf dem Territorium der UdSSR ausführlich ausgearbeitet und vorbereitet, die später auch verwirklicht wurden.

Diese Pläne überführen die Angeklagten unüberlegbar der von ihnen mit Verbrechen organisierten ungeheuerlichen Verbrechen.

Der rüberische Überfall Hitler-Deutschlands auf die UdSSR

Am 22. Juni 1941 brachen die hitlerischen Verschwörer treubrüchrig den Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland und überfielen ohne eine Kriegserklärung das Sowjetterritorium und begannen damit den aggressiven Krieg gegen die UdSSR ohne den geringsten von der Sowjetunion gegebenen Anlaß.

Gewaltige Massen deutscher Truppen, die vorher in Geheimen an den Grenzen konzentriert worden waren, wurden gegen die UdSSR geworfen. Wie es geplant war, nahmen im Norden an dem Angriff gegen die UdSSR finnische Truppen und im Süden ungarische und ukrainische Truppen teil. Mit der Absicht, Panik und Verwirrung hervorzurufen, begannen die deutschen Luftstreitkräfte von den ersten Stunden des Krieges an, friedliche Städte anzugreifen und sie zu zerstören.

Einige Wochen als einen Monat nach dieser treubrüchrigen Handlung rief Hitler eine Konferenz unter Teilnahme von Rosenberg, Göring, Bornann, Lammer und Keitel zusammen. Bei dieser Konferenz instruierte Hitler die Versammelten, vor der Außenwelt die wahren Ziele des von den Hitleristen begangenen Krieges nicht aufzudecken. Hitler befahl sich auf die Handlungsweise gegenüber Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien und bestand darauf, daß man auch fernherin in derselben Weise handeln, die in jeder Weise die wahren Absichten der Verschwörer verheimlichen soll.

„Also“, sagte Hitler, „werden wir erneut betonen, daß wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, dort Ordnung zu schaffen und die Sicherheit wiederherzustellen“. Daher stammt auch seine Regelung.

„Auf diese Weise soll nicht erkannt werden, daß es sich um eine endgültige Regelung handelt. Nichtsdestoweniger, trotzdem und ungeachtet dessen werden wir alle notwendigen Maßnahmen zur Erschließung, Deportation usw. durchzuführen.“

Diese Erschließungen, Verschleppung der Zivilbevölkerung in die deutsche Sklaverei, Raub und verschiedene Gewaltmaßnahmen gegen die zivile Bevölkerung nannten sich in der Sprache Hitlers und seiner Komplizen „Regelungen“.

Bei dieser Besprechung der Verschwörer wurde die weiteren Aufgaben der Hitlerregierung hinsichtlich der Sowjetunion folgendermaßen bestimmt:

„Die Sache läuft darauf hinaus, um sie erstens in Besitz zu nehmen, zweitens zu verwalten und drittens auszubuten...“

Das Wichtigste: Die Schaffung einer Militärmacht westlich des Urals darf nicht wieder auf die Tagesordnung kommen, auch wenn wir zu diesem Zweck 100 Jahre Krieg führen müssen. Alle Anhänger des Führers müssen wissen:

Das Reich wird nur in Sicherheit sein, wenn es keine fremden Armeen westlich des Urals geben wird. Es muß ein eisernes Gesetz sein. Es darf keine Armee sein, die sich freizugend, außer den Deutschen, Waffen trägt... Nur der Deutsche hat das Recht, Waffen zu tragen. Aber weder ein Slawe, noch ein Tscheche, Kosake oder Ukrainer“.

Hitler fuhr fort:

„Das ganze Ostseegebiet muß ein Gebiet des Reiches werden... Genau so muß die Krim mit anliegenden Bezirken ein Gebiet des Reiches werden. Diese anliegenden Bezirke müssen so groß wie möglich sein... und die Wolgokolonien müssen ein Reichsgebiet werden, genau so, wie das Gebiet von Baku. Alles muß eine deutsche Militärkolonie werden. Die Finnen wollen Ostkarilien. Infolge der großen Nickelvorkommen muß jedoch die Kola-Halbinsel an Deutschland fallen... Die Finnen beanspruchen das Gebiet von Leningrad. Leningrad ist dem Boden gleich zu machen, damit es den Finnen übergeben werden kann.“

Die Anklage wird in der morgigen Ausgabe fortgesetzt.

Der letzte Umstand geht nicht allein aus dem Text der Richtlinie „Variante Barbarossa“, sondern auch aus anderem Material, das uns zur Verfügung steht, hervor. Z. B. wird in der fantrise Buschenhagen, die vom Tribunal vorlegen werden, hingewiesen:

„Im Dezember 1940 (etwa am 20.) wurde ich als Stabschef der deutschen Truppen in Norwegen im Range eines Obersten zu der einige Tage dauernden Konferenz der Stabschefs der Armeen im OKH Zossen bei Berlin eingeladen, auf der der Chef des Generalstabes Generaloberst Halder, den Plan „Barbarossa“, der einen Überfall auf die Sowjetunion vorsah, darlegte. Zur selben Zeit befand sich in Zossen der Generalstab des finnischen Heeres, Generalmajor Heinrichs, der dort Besprechungen mit Generaloberst Halder hatte.“

Ferner wird in der Erklärung von Buschenhagen dargelegt, wie er im Februar 1941 nach Helsinki abgereist ist, wo er gemeinsam mit den Vertretern des finnischen Heeres einen konkreten Überfall auf die UdSSR ausgearbeitet hat. Am 2. oder 3. März 1941 hatte er nach seiner Rückkehr nach Oslo das Material über seine Reise für das OKW zusammengestellt und an dieses abgiefert.

„Auf der Grundlage dieses Materials — erklärt Buschenhagen — wurde der Operationsplan des OKH zusammengestellt, der einen Überfall auf die Eisenbahnlinie von Murmansk aus dem Gebiet Kuusamo, Rovaniemi, Petsamo vorsah. Der Operationsplan im Bezirk Kirkenes — Petsamo wurde „Regel 1“, der im Bezirk Rovaniemi „Silber 1“ genannt wurde.“

Wie Buschenhagen erzählt, floß er Ende April oder Anfang Mai 1941 erneut nach Helsinki, wo „im finnischen Generalstab Besprechungen mit den Generalen Heinrichs, Airo und Oberst Tapola stattgefunden haben, bei denen von uns festgestellt wurde, daß die UdSSR die Generalstabesarbeiten vollständig bereit sei, an dem bevorstehenden Krieg mit der Sowjetunion teilzunehmen.“

Die Mithilfe Rumäniens am Überfall

In seinen eigenhändigen Erklärungen an die Untersuchungsbehörden der Sowjetunion, dem Tribunal vorgelegt werden, berichtet der rumänische Marschall Ion Antonescu über seine Begegnungen mit Hitler im November 1940, im Januar 1941 und im Mai 1941, bei denen Fragen, die mit der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion in Zusammenhang standen, beraten wurden.

In der ersten Unterredung Antonescus mit Hitler, an der Ribbentrop und der persönliche Dolmetscher Hitlers, Schmidt, teilnahmen, wurden Fragen beraten, die zu der von Deutschland einseitigen Aggression gegen die UdSSR und zur Teilnahme Rumäniens an dieser Aggression in direkter Beziehung standen.

Auf die von den sowjetischen Untersuchungsorganen an Antonescu gestellte Frage, ob man seine erste Begegnung mit Hitler als den Beginn seiner Verabredung mit den Deutschen zu einer Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion betrachten kann, sagte er:

„Ich antwortete bejahend. Diesen Umstand hatte Hitler bei der Ausarbeitung der Überfallpläne auf die Sowjetunion unbedingt im Auge.“

Bei der zweiten Begegnung Antonescus mit Hitler, die im Januar 1941 stattfand und an der auch die Angeklagten Ribbentrop, Keitel und Jodl teilnahmen, richtete Hitler an Antonescu die Bitte, die auf dem Territorium Ungarns konzentrierten deutschen Truppen durch Rumänien durchzulassen, damit diese die Griechen- und im Land im Krieg befindlichen Italiener unterstützen können.

Antonescu sagte aus: „Ich sprach die Befürchtung aus, daß die Bewegung der deutschen Truppen durch Rumänien Anlaß zu militärischen Handlungen aus dem Territorium der UdSSR geben könnte und daß Rumänien in diesem Falle in eine schwierige Lage geraten würde, da die rumänische Armee nicht mobilisiert sei. Darauf erklärte Hitler, daß er den Befehl geben werde, einen Teil deutscher Truppen, die zur Teilnahme an den Operationen gegen Griechenland vorgesehen waren, in Rumänien zu belassen.“

„Hitler betonte außerdem, eine zu seiner Verfügung stehende Information zeuge davon, daß die Sowjetunion keinen Krieg gegen Deutschland oder Rumänien beabsichtige.“

Ich gab mich mit dieser Erklärung Hitlers zufrieden und erklärte mich einverstanden, deutsche Truppen durch rumänisches Territorium durchzulassen.

Der bei dieser Beratung anwesende Generaloberst Jodi erläuterte mir die strategische Lage der deutschen Armee und unter anderem die Notwendigkeit einer Aggression gegen Griechenland von Bulgarien aus.

Über die dritte Begegnung mit Hitler, die im Mai 1941 in München stattfand und bei der der Angeklagte Ribbentrop anwesend war, erklärte Antonescu:

„Bei dieser Begegnung... sind wir endgültig über einen gemeinsamen Überfall auf die Sowjetunion übereingekommen.“

Hitler teilte mir mit, daß er den Entschluß gefaßt habe, die Sowjetunion militärisch zu überfallen. Nachdem wir diesen Überfall vorbereitet haben, sagte Hitler, müssen wir die Länge der ganzen Grenzen der Sowjetunion vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee unerwartet durchführen.

Das Überraschungsmoment des militärischen Überfalls, fuhr Hitler fort, wird Deutschland und Rumänien die Möglichkeit geben, einen der gefährlichsten unserer Gegner in kurzer Zeit zu erledigen.

Von seinen militärischen Plänen ausgehend, behauptete Hitler mir vor, des rumänische Terri-

Diese Tatsachen werden auch durch die Dokumente aus dem Archiv Antonescus bestätigt, die ebenfalls dem Tribunal vorgelegt werden.

Ich lenke die Aufmerksamkeit des Gerichts auf die Niederschrift einer Unterredung, die zwischen mir und dem Chef des Protokollabteilung des deutschen Außenministeriums Denberg, am 10. Februar 1942 stattgefunden hat (Unterredung nach der Begegnung im Anlaß).

Ich erklärte: bemerkte Antonescu, „daß Rumänien dem Pakt der Achsenmächde getreten ist, nicht um den Versailler Vertrag zu korrigieren, sondern um gegen die Slawen zu kämpfen.“

Aus dieser Niederschrift ist ersichtlich, daß der Haß gegen die slawischen Völker Hitler und Antonescu bei der Vorbereitung und Durchführung der Aggression vermitelt.

Die Dokumente, die dem Gericht vorgelegt werden, zeigen auch die Teilnahme Ungarns an der Verschwörung gegen den Frieden und an der Vorbereitung des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion mit aller Klarheit auf. Die Dokumente zeigen die bestimmte Rolle zur Führung eines Schlags in den Rücken der Roten Armee durch die Karpaten, zu dem Zeitpunkt, wo die deutschen und rumänischen Truppen die Kriegsoperationen gegen die Sowjetunion entfalten sollten, übertragen.

So wurde ein verbrecherischer Aggressionskrieg gegen die freilebenden Völker mit dem faschistischen Deutschland an der Spitze zusammengemittelt.

Ich kehre zu der sogenannten „Variante Barbarossa“ zurück und möchte bei den wichtigsten Stellen dieses Dokumentes verweilen.

Die „Variante Barbarossa“ besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil werden die allgemeinen Ziele des Planes dargelegt. Im zweiten Teil werden die Verbündeten Deutschlands im Krieg gegen die Sowjetunion aufgezählt. Der dritte Teil ist der Durchführung der Kriegsvorbereitung der Länder, zu dem Zeitpunkt der Luftgewidmet. Eine charakteristische Besonderheit des Dokumentes ist die Tatsache, daß es, da es streng geheim war, nur in neun Exemplaren ausgearbeitet wurde, was der Forderung, in der Vorbereitung befindlichen Überfallplänen auf die Sowjetunion geheimzuhalten, entspricht. Im ersten Teil des Planes heißt es:

„Die im westlichen Teil Rußlands befindlichen Truppenmassen der russischen Armee müssen vernichtet werden... Der Rückzug kampffähiger Truppenteile in die Weiten russischen Gebietes muß verhindert werden. Durch rasche Verfolgung muß eine Linie erreicht werden, von der aus die russische Luftwaffe nicht in der Lage ist, Angriffe auf deutsche Gebiete zu unternehmen.“

Im Dokument heißt es ferner, das Endziel dieses Planes sei, sich auf der Linie Archangelsk — Wolgast zu setzen, durch die Luftwaffe die letzten Industriegebiete im Ural lahmzulegen, die britische Flotte außer Gefecht zu setzen und der Möglichkeit einer aktiven Einmischung der russischen Luftwaffe vorzubeugen.

Im dritten Teil des Dokumentes finden wir die Richtlinie, „Leningrad und Kronstadt zu besetzen und die Angriffsoperationen“ zur Eroberung des wichtigsten Verkehrsmittelpunktes der Sowjetunion, der Küstenstadt Leningrad (Moskau) — fortzusetzen. Die Eroberung dieser Stadt, so wird in dem Plan gesagt, „bedeutet sowohl vom politischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus einen entscheidenden Erfolg“.

Die „Variante Barbarossa“ wurde von der UdSSR als lange vor seiner Ausführung von Hitler-Deutschland durchdacht, ausgearbeitet und vorbereitet wurde.

Vorbereitung der Kriegsverbrechen

Die Menschheit weiß jetzt, welcher Art diese „Sonnentage“ waren, deren Durchführung voll und ganz in die Hände der SS-Generale und -offiziere gelegt wurde, die ihr Recht „selbständig auf eigene Verantwortung zu handeln“, im größten Ausmaß ausgenutzt haben. Das bedeutete einen noch nie dagewesenen Terror, Raub, Geißelungen, Mord an Soldaten und friedlichen Bürgern.

Daneben stellte die Instruktion vor der Führung sehr konkret auch solche Aufgaben wie die Ausplünderung und räuberische Ausbeutung der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete. Die Instruktion war vom Angeklagten Keitel unterzeichnet.

In einer anderen Instruktion, die als Ergänzung zum Plan „Barbarossa“ im Juni 1941 unter dem Vorwand von Propagandarinstruktionen erlassen wurde, wird eine unbarmherzige Abrechnung mit allen, die sich den deutschen Eroberern widersetzen vorgeschrieben. Was aber die eigentliche Propaganda betrifft, sprechen die Anweisungen offenerherzig von den — bei den Hitleristen üblichen — Methoden der schmutzigen Verleumdung, der Lüge und Provokation, welche von den sogenannten „Propagandakompanien“ angewandt werden sollten.

Man kann schließlich nicht umhin, noch eine Instruktion zu erwähnen, die unter dem Namen „Anordnung über die Anwendung der Militärgerichtsbarkeit im Bezirk „Barbarossa“ und über besondere Maßnahmen der Truppen“ bekannt ist.

Diese Anordnung sanktioniert die Willkür der deutschen Behörden und Truppen gegenüber der zivilen Bevölkerung in den von den deutschen Streitkräften besetzten Gebieten und beginnt mit der Forderung an die deutschen Truppen, sich unerbittlich gegen alle feindseligen Handlungen seitens der Zivilbevölkerung, zu Wehr zu setzen.“

In den Regeln, die drakonische Maßnahmen gegen friedliche Bürger und Partisanen vorsehen, sind Hinweise auf grausame Behandlung der Menschen, die in dieser Anordnung „verdächtige Elemente“ genannt werden, enthalten.

